



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 5. November 2025

Von Wolfgang Liedtke

Die Bevölkerung Adliswils hatte sich im Februar 2020 gegen den Verkauf von Boden durch die Stadt entschieden. Nun legte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat zum ersten Mal einen Baurechtsvertrag vor. Diskussionen über Sparvorschläge anhand eines Dienstleistungskatalogs liessen zudem den beginnenden Wahlkampf spürbar werden.

Mitteilungen

Nachdem Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) darüber, dass die Stadt Adliswil erneut das Label Energiestadt Gold erhalten hat, informiert und Stadtrat Mario Senn (FDP) auf das 50-Jahr-Jubiläum des Hallenbades hingewiesen hatte, gab Esen Yilmaz (SP) eine Fraktionserklärung über die Prognose zur Erfolgsrechnung ab:

Die SP Adliswil nimmt die Zwischenberichterstattung des Stadtrates zur Kenntnis und dankt für die transparente Darstellung der aktuellen Finanzlage. Gemäss der Prognose zeichnet sich für das Jahr 2025 eine Verbesserung gegenüber dem Budget von rund CHF 4,2 Mio. ab. Diese erfreuliche Entwicklung ist insbesondere auf ausserordentliche Steuererträge zurückzuführen – namentlich Nachträge bei den Quellensteuern (+CHF 4 Mio.) sowie höhere Grundstücksgewinnsteuern (+CHF 3,5 Mio.).

Trotzdem darf dieser positive Zwischenstand nicht darüber hinweg täuschen, dass die strukturelle Situation der Stadtfinanzen weiterhin angespannt bleibt. Der Mehraufwand im Sozialbereich, bei der schulergänzenden Betreuung und den Abschreibungen infolge hoher Investitionen zeigt, dass der Handlungsbedarf im Bereich der laufenden Aufwände bestehen bleibt. Die SP Adliswil unterstützt den eingeschlagenen Kurs des Stadtrates, der auf eine vorausschauende Finanzplanung setzt und gleichzeitig die Qualität der öffentlichen Leistungen sicherstellt. Wichtig ist, dass die Mehreinnahmen nicht zu Begehrlichkeiten führen, sondern zur Stabilisierung der Finanzlage und zur Sicherung der sozialen und bildungspolitischen Angebote genutzt werden.

Wir erwarten, dass der Stadtrat auch in Zukunft eine nachhaltige Finanzpolitik verfolgt, die sozial ausgewogen ist und Investitionen in Bildung, Betreuung, Klima und Infrastruktur ermöglicht. Abschliessend danken wir dem Stadtrat und der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit und die offene Kommunikation.

Im Anschluss gab Esen Yilmaz eine weitere Fraktionserklärung zum Energielabel Gold:
Die SP Adliswil freut sich sehr über die erneute Auszeichnung unserer Stadt als Energiestadt Gold. Dieses Label ist die höchste europäische Anerkennung für Gemeinden, die sich konsequent für Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Klimaschutz einsetzen. Mit einem Erfüllungsgrad von 79,3 % hat Adliswil eindrucksvoll bestätigt, dass sie auf dem richtigen Weg ist.

Wir gratulieren dem Stadtrat, der Verwaltung und allen Beteiligten herzlich zu diesem Erfolg. Das Ergebnis zeigt, dass die in den letzten Jahren ergriffenen Massnahmen – von der energetischen Sanierung städtischer Gebäude über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs bis hin zum Ausbau der Photovoltaikanlagen – wirken und Anerkennung finden. Besonders hervorzuheben ist, dass die Stadt mit der Strategie «Adliswil fit für Netto-Null», dem neuen Energieplan und dem Fuss- und Veloverkehrskonzept langfristige Grundlagen geschaffen hat, die den Klimaschutz dauerhaft verankern.

Für die SP ist klar: Diese Gold-Zertifizierung ist nicht nur ein Preis, sondern auch eine Verpflichtung. Die Klimakrise erfordert weiterhin entschlossenes Handeln – lokal, sozial und ökologisch. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Adliswil den eingeschlagenen Weg konsequent weitergeht:

- mit einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik,

- mit Investitionen in nachhaltige Mobilität,
- und mit einer Stadtentwicklung, die Lebensqualität, Teilhabe und ökologische Verantwortung verbindet.

Wir danken allen, die dazu beigetragen haben, diesen Erfolg möglich zu machen – und freuen uns darauf, ihn gemeinsam mit der Bevölkerung am Energiestadt-Gold-Fest im März 2026 zu feiern.

Fragestunde

Chilbi-Foodmeile in der Kilchbergstrasse – Statistiken zu Betreuungsgutscheinen – Überbauung Isengrund – Abrechnung zum Neubau des Stadthauses – Fluktuation im Bereich Soziales – Taxi-Angebot in Adliswil

Renato Jacomet (SVP) berichtete von Umsatzeinbussen der Ladenbetreiber im Zusammenhang mit der Belegung der Kilchbergstrasse mit Food-Ständen während der Chilbi. Ausserdem hätten sich die Anlieger der Kilchbergstrasse über Abfälle und Uringestank beschwert. Er wollte deshalb vom Stadtrat wissen, ob man im nächsten Jahr die Foodstände nicht auf dem Areal Kronenwiese oder auf dem Stadthausareal unterbringen könnte. Ausserdem wünschte er sich eine klarere Verkehrsführung ohne starke Einschränkungen. Stadtrat Mario Senn (FDP) behauptete, dass eine Chilbi ein klassisches Strassenfest sei, und spielte die negativen Begleitumstände für die Anwohner herunter. Die Umsatzeinbussen kommentierte er in der ihm eigenen arroganten Manier, dass die Geschäftsinhaber auf der Kilchbergstrasse ja selbst einen Stand aufstellen könnten. Ein alternativer Standort für die Food-Stände sei nicht möglich, weil die Entfernung von den Fahrgeschäften der Chilbi zu gross oder weil nicht ausreichen Platz vorhanden sei.

Reto Buchmann (FDP) erkundigte sich nach statistischen Zahlen zur Subventionierung der Betreuungsgutscheine. Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) informierte, dass die Einkommensgrenze für den Bezug einer Subvention bei 95'000 und die Vermögensgrenze bei 300'000 liege. 2021 und 2025 sind zwischen CHF 553'000 und 723'000 im Jahr für die Betreuungsgutscheine gezahlt worden. 90 Prozent der Bezüger sind berufstätig. 2021 bis 2025 lag die Zahl der Familien, die Betreuungsgutscheine bezogen, zwischen 120 und 131. Heinz Melliger (FW) beschwerte sich über das hohe Verkehrsaufkommen schwerer LKW durch die Baustelle Isengrund. Die Einbahnregelung für die LKW würde häufig missachtet. Ausserdem müssten die LKW auf der Isengrundstrasse über den Bürgersteig fahren, so dass sich die Frage der Schadensbeseitigung stelle.

Stadtrat Mario Senn (FDP) antwortete, dass die Verkehrsverstösse bei der Polizei bekannt seien, es aber an Personal für eine permanente Präsenz fehle. Man wolle aber die Beschilderung überprüfen. Die verursachten Schäden wie beispielsweise beim Bürgersteig würden am Ende der Bauzeit verrechnet.

Heinz Geissler (FDP) erkundigte sich, ob die Abrechnung für den Neubau des Stadthauses vor Ende der Legislatur vorgelegt werde. Stadträtin Karin Fein (FW) versicherte, dass die Abrechnung demnächst fertiggestellt sei. Die Verzögerung ist bedingt durch zahlreiche Baumängel, die erst noch geregelt werden mussten. Es gibt ein Budgetüberschreitung von ca. neun Prozent.

Vera Buchmann-Bach (FDP) erkundigte sich nach den Ursachen, Kosten und Konsequenzen durch die hohe Personalfloktuation im Bereich Soziales. Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) bestätigte die personellen Wechsel und betonte, dass die Stadt Adliswil im Gegensatz zu anderen Gemeinden in der glücklichen Lage sei, ab 2026 alle Stellen besetzen zu können. Dies, obwohl der Arbeitsmarkt sehr angespannt ist. Weil kurzfristig Springer eingesetzt werden mussten, haben sich Kosten von CHF 800'000 ergeben. Dies ist ein Bruttobetrag, die eingesparten Lohnkosten sind nicht abgezogen.

In einer mündlichen Frage thematisierte Wolfgang Liedtke (SP) die Situation der Taxidienste in Adliswil:

An einem Samstagabend im Juli wollte ich ein Taxi für eine Fahrt innerhalb von Adliswil rufen. Ich habe alle lokalen Taxiunternehmen telefonisch kontaktiert, musste aber feststellen, dass keines von ihnen an diesem Abend seinen Fahrdienst anbot. Auch ein Taxi aus Zürich war

innerhalb einer Stunde nicht verfügbar. Solch provinzielle Zustände passen nicht zu einer attraktiven Gemeinde in der Agglomeration Zürich.

Meine Fragen an den Stadtrat lauten:

1. *Vergibt Adliswil zusätzlich zur kantonalen Genehmigung Konzessionen an Taxiunternehmen?*
2. *Falls nein, könnte sich der Stadtrat vorstellen, Standplätze auf öffentlichem Grund, also Standplatzbewilligungen nach §5 PTLG, auszuschreiben und zu vergeben und über die Vergabekriterien sicherzustellen, dass in Adliswil rund um die Uhr an 365 Tagen ein Taxi verfügbar ist?*

Stadtrat Mario Senn (FDP) teilte mit, dass es in Adliswil keine Taxikonzessionen gebe und dass man auch nicht plane, Standplätze auszuschreiben, weil die Taxiunternehmen Stellplätze in einem privaten Parkhaus nutzen. In einer Nachfrage erkundigte sich Liedtke, ob es eine andere Handhabe zur Sicherstellung der Taxidienste gebe. Senn antwortete, dass dazu die gesetzliche Handhabe fehle.

Baurechtsvertrag Feldweg 8n

Der Kindergarten am Feldweg 8 war stark erneuerungsbedürftig. Eine Totalrenovation oder ein Neubau wäre aber angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt zu teuer gewesen. Der Stadtrat fand daher eine alternative Lösung in einem der bestehenden Schulhäuser und entschied, die Liegenschaft im Baurecht an eine Genossenschaft abzugeben. Christoph Sütterlin (GLP) bemängelte als Berichterstatter der Rechnungsprüfungskommission (RPK) die Intransparenz bei der Vergabe des Baurechts. Es habe nur einen Bieter gegeben. Der Baurechtsvertrag habe Mängel wie eine fehlende Zinsanpassung oder die Möglichkeit einer Vertragsanpassung. Dennoch unterstützte die RPK das Geschäft einstimmig.

Silvia Helbling (FDP) griff die Baurechtsvergabe scharf an. Der Vertrag gewähre keine langfristige Rendite, entziehe das Grundstück aber der Verfügbarkeit der Stadt. Es gebe keinen Kontrollmechanismus, um die korrekte Belegung der Wohnungen sicherzustellen. Die Tatsache, dass es nur einen Bieter gab, zeige, dass Baugenossenschaften an Baurechtsverträgen gar nicht interessiert seien. (Diese Behauptung steht allerdings im Gegensatz zu den vielen Äußerungen der Baugenossenschaften.) Die FDP wollte das Geschäft mangels Alternative – die Stadt darf bekanntlich keinen Boden verkaufen - trotzdem unterstützen. Angela Broggini (Grüne) widersprach. Das Grundstück bleibt Eigentum der Stadt, sie behält die strategische Kontrolle darüber. Die vom Adliswiler Volk gewählte Bodenpolitik ist mehr als eine kurzfristige Gewinnmaximierung. Harry Baldegger, der einst den Kindergarten am Feldweg besuchte, bezeichnete den Baurechtsvertrag als gute Lösung und kündigte die Unterstützung der Freien Wähler an. Renato Jacomet (SVP) verkündete die Unterstützung der SVP für das Geschäft. Als Kandidat für die Wahlen zum Stadtrat konnte er sich aber nicht verkneifen, noch einige Belehrungen zur Abfassung von Baurechtsverträgen zu geben. Zudem wünschte die SVP, dass die Wohnungen nur an echte Adliswiler, die mindestens die Grundschule in Adliswil besucht haben und über eine Niederlassungsbewilligung verfügen müssen, vergeben werden.

Für die SP-Fraktion sprach Esen Yilmaz:

Die SP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag des Stadtrats zum Abschluss eines Baurechtsvertrags mit der Baugenossenschaft Sihlhalde für das Grundstück am Feldweg 8 einstimmig und mit Überzeugung. Der Entscheid, die Liegenschaft Feldweg 8 im Baurecht an eine gemeinnützige Wohnbauträgerin abzugeben, ist aus unserer Sicht ein zukunftsgerichteter und sozialpolitisch sinnvoller Schritt. Die bestehende Bausubstanz ist in einem schlechten Zustand, die Wohnungen sind weder effizient noch barrierefrei, und der Doppelkindergarten entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Eine Sanierung wäre wirtschaftlich nicht tragbar. Mit der Baugenossenschaft Sihlhalde konnte ein erfahrener, lokal verankerter und gemeinnütziger Partner gewonnen werden, der sich seit Jahren für bezahlbaren Wohnraum in Adliswil einsetzt. Die Genossenschaft verpflichtet sich im Vertrag zur Einhaltung der Kostenmiete, zum Verzicht auf Gewinnorientierung und zur sozialen Wohnraumvergabe. Die

Belegungsvorschriften stellen sicher, dass der Wohnraum prioritätär Adliswilerinnen und Adliswilern zugutekommt – insbesondere jenen mit geringeren Einkommen und Familien.

Auch aus finanzieller Sicht ist der Vertrag ausgewogen: Der vereinbarte Baurechtszins von CHF 40'565 jährlich basiert auf einem reduzierten Landwert und einem minimalen Referenzzinssatz von 1.75 %, was der gemeinnützigen Zielsetzung entspricht. Gleichzeitig entsteht durch die Überführung ins Finanzvermögen ein Bewertungsgewinn von über CHF 800'000, der im Finanzplan 2027 bereits berücksichtigt ist.

Die SP begrüßt zudem die klaren Kontroll- und Steuerungsmechanismen, die im Vertrag verankert sind. Die Stadt behält die Aufsicht über die Einhaltung der Belegungsvorschriften und der Gemeinnützigkeit. Auch die Antworten auf die Fragen der RPK zeigen, dass die relevanten Risiken – etwa im Zusammenhang mit Altlasten – sorgfältig geprüft und berücksichtigt wurden. Nicht zuletzt ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Baugenossenschaft Sihlhalde ein starkes Zeichen für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung. Die SP setzt sich seit jeher für mehr gemeinnützigen Wohnraum ein – dieser Vertrag ist ein konkreter Schritt in diese Richtung. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die sorgfältige Ausarbeitung dieses Geschäfts und stimmen dem Antrag mit Überzeugung zu.

Stadträtin Karin Fein begrüßte Vertreter der Baugenossenschaft Sihlhalde auf der Tribüne und wiederholte die Gründe für die Aufgabe des Kindergartens. Das geringe Interesse an dem Baurechtsvertrag begründete sie mit dem verhältnismässig kleinen Grundstück von 1159 m². Bei den Fraktionen der FDP und SVP bedankte sie sich ironisch im Namen ihres Nachfolgers für die verlangten Kontrollmechanismen, denn die Stadt müsste dafür zusätzliche Stellen schaffen.

Der Baurechtsvertrag wurde mit 30 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Teilrevision der Friedhofsverordnung

Seit dem Frühjahr 2025 gibt es auf dem Friedhof in Adliswil ein Baum-Gemeinschaftsgrab, bestehend aus einem Metallbaum, an den Schilder mit den Grabinschriften gehängt werden. Als Berichterstatterin der vorprüfenden Sachkommission erläuterte Renata Vasella (SP):

Die Sachkommission hat den Antrag des Stadtrates über die Teilrevision der Verordnung über das Friedhof- und Bestattungswesen zur Vorberatung zugewiesen erhalten. Diese Verordnung musste aufgrund der Realisierung eines Baum-Gemeinschaftsgrabs angepasst werden. Gleichzeitig wurden andere kleinere Änderungen, wie etwa Funktionsbezeichnungen und Bestimmungen zu den Ratenzahlungen für den Gräberunterhalt vorgenommen.

Die SAKO hat die Änderungen genau studiert und die dazu gestellten Fragen wurden vom Stadtrat detailliert beantwortet. Da das Baum-Gemeinschaftsgrab schon ins Budget 2024 eingestellt und Anfang 2025 realisiert wurde, bleibt nicht viel Handlungsspielraum. Das neue Angebot entspricht einem Bedürfnis der Bevölkerung und wird schon rege in Anspruch genommen. Deshalb empfiehlt die SAKO einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und die Teilrevision der Verordnung anzunehmen.

Stadtpräsident Farid Zeroual erläuterte, dass eine Waldbestattung in Adliswil nicht angeboten werden kann, weil sich unser Wald entweder an schlecht zugänglichen Hanglagen befindet oder aber mit Freizeitaktivitäten belegt sei. Deshalb habe sich der Stadtrat für das Baum-Gemeinschaftsgrab als Lösung entschieden. Die Teilrevision der Verordnung wurde einstimmig angenommen.

Stärkung der Governance

Vier Gemeinderäte der FDP, SVP und Mitte verlangten mit einer Motion, dass für den Stadtrat Amtszeitbeschränkungen für ein bestimmtes Ressort eingeführt werden. Ein Mitglied des Stadtrates soll ein Ressort höchstens zwölf Jahre führen dürfen und dann in ein anderes Ressort wechseln müssen. Der Stadtpräsident soll von dieser Regelung ausgenommen sein. Die Motionäre begründeten ihre Forderung mit der Verhinderung von Betriebsblindheit und Machtkonzentration. Der Tausch des Ressorts soll die Durchlässigkeit der politischen Strukturen und Raum für neue Perspektiven schaffen sowie die politische Kontrolle fördern.

Der Stadtrat entgegnete in seiner Antwort, dass die Zuständigkeit für die Aufgabenverteilung bei ihm liege. Er erklärte sich aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Der Erstunterzeichnende Reto Buchmann (FDP) erläuterte nochmals die Beweggründe für diesen Vorstoss und erklärte die Bereitschaft, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Pascal Engel (EVP) würdigte das Angebot des Stadtrates als gutschweizerischen Kompromiss. Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) unterstütze er die Idee der Rotation, die zur Risikominderung beitrage und die Entstehung «kleiner Königreiche» verhindere. Ausserdem gebe es in der Stadtverwaltung keinen Whistleblower. Er stellte aber die Frage, warum man den Ressortleiter bei dieser Regelung ausser Acht lasse.

Wolfgang Liedtke (SP) erklärte den Standpunkt seiner Fraktion:

Die SP-Fraktion findet die Idee einer Amtszeitbeschränkung für ein Ressort interessant. Die in der Begründung angegebenen Argumente sind nachvollziehbar und die Zielrichtung des Vorstosses ist deshalb unterstützenswert. Die Umsetzung der Forderung würde allerdings in die Kompetenzen des Stadtrates, seine Aufgabenerfüllung zu organisieren, eingreifen. Davon abgesehen könnte die Umsetzung einer starken Regelung mit Schwierigkeiten verbunden sein. So sind Konstellationen denkbar, bei denen ein Mitglied des Stadtrates vor Ablauf der zwölf Jahre zum Wechsel seines Ressorts gezwungen wird, um einem anderen Mitglied den erforderlichen Wechsel nach zwölf Jahren zu ermöglichen. Nach der aktuellen Regelung würde dies sehr wahrscheinlich das Stadtratsmitglied mit der kürzesten Amtszeit treffen. Ein erzwungener Wechsel nach bereits vier Jahren würde den Erfahrungserwerb aber schmälern. Nach Ansicht der SP-Fraktion wäre eine generelle Amtszeitbeschränkung auf zwölf Jahre der direkte und vielleicht bessere Weg. Der Vorschlag des Stadtrates, diesen Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen, findet unsere Unterstützung. Die SP wird deshalb eine Überweisung als Postulat mittragen.

Urs Künzle sagte die Zustimmung der SVP für die Überweisung als Postulat zu. Pascal Welti (Grüne) gab zu bedenken, dass keine andere Gemeinde im Kanton Zürich eine solche Regelung eingeführt habe. Er stellte die Vermutung an, dass diese Regelung auf einen bestimmten Stadtrat ausgerichtet ist. (Im Falle seiner Wiederwahl im Frühjahr 2026 wäre Felix Keller der einzige Stadtrat mit zwölf Amtsjahren.) Die Grünen unterstützten die Überweisung nicht. Yannick Falbriard (Die Mitte) bezweifelte die Bereitschaft von Stadträten, nach zwölf Jahren ihr Ressort abzugeben, sich in ein neues Gebiet einzuarbeiten und dabei die Früchte ihrer bisherigen Arbeit dem Nachfolger zu überlassen. Auch die Mitte lehnte den Vorstoss ab. Das Postulat wurde mit 21 gegen 9 Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Dringliches Postulat zur Leistungsüberprüfung

Eine Gruppe von Gemeinderäten aus unterschiedlichen Fraktionen hatte im Februar ein dringliches Postulat eingereicht, in dem sie den Stadtrat aufforderten, eine Überprüfung der städtischen Leistungen vorzulegen. Sie begründeten ihren Vorstoss mit dem strukturellen Defizit des Finanzhaushaltes. Der Stadtrat zeigte sich offen für dieses Anliegen, da er selbst bereits eine Leistungsüberprüfung initiiert hatte. Der Grosse Gemeinderat überwies das Dringliche Postulat in seiner Sitzung vom 5. März 2025. Inzwischen hatte der Stadtrat einen Katalog mit Vorschlägen zu Leistungskürzungen vorgelegt.

Silvia Helbling (FDP) teilte als Berichterstatterin der Rechnungsprüfungskommission (RPK) mit, dass die RPK diesen Katalog hinsichtlich der formalen Anforderungen des Dringlichen Postulats überprüft habe und dass sie die Abschreibung empfiehlt. Pascal Welti (Grüne) mahnte, bei den Leistungskürzungen das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, und stellte die rhetorische Frage, wieviel die Erstellung des Katalogs gekostet habe. Urs Künzle (SVP) vertrat die Ansicht, dass die vorgeschlagenen Einsparungen nicht reichen würden, die Finanzsituation der Stadt wieder ins Lot zu bringen. Gabriel Mäder (GLP) meinte, dass selbst bei einer Umsetzung von Einsparungen in Höhe von einer Million die Herausforderungen bestehen bleiben würden. Eine Steuerfusserhöhung um vier Prozent sei unvermeidlich.

Esen Yilmaz formulierte den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion:

Die SP Adliswil hat das Postulat und Antrag des Stadtrats ausführlich diskutiert und beraten. Wir anerkennen die Notwendigkeit, den Finanzhaushalt der Stadt Adliswil nachhaltig zu

stabilisieren. Ein strukturelles Defizit von jährlich über 17 Millionen Franken ist nicht tragbar. Dennoch darf Sparpolitik nicht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit und der Lebensqualität unserer Bevölkerung erfolgen.

Die SP begrüßt die Transparenz, mit der der Stadtrat die Dienstleistungskataloge und die geplanten Leistungsoptimierungen vorgelegt hat. Dabei fällt jedoch auf, dass viele Leistungen durch übergeordnetes Recht vorgegeben sind und nur ein kleiner Teil direkt durch kommunale Entscheide beeinflussbar ist. Wir lehnen jedoch pauschale Kürzungen bei sozialpolitisch relevanten Leistungen ab. So sprechen wir uns klar gegen die Abschaffung der Gemeindezuschüsse zur AHV/IV aus. Diese Zuschüsse ermöglichen älteren Menschen ein würdiges Leben und Verhindern Vereinsamung und verfrühte Heimeintritte. Auch die Streichung von Beiträgen an Organisationen wie TIXI, Samowar oder die Jugendberatung lehnen wir ab. Diese leisten wertvolle Arbeit für die soziale Integration und Prävention.

Die SP setzt sich für den Erhalt der Gemeinwesenarbeit, der Freizeitanlage und der Jugendarbeit ein. Diese Angebote fördern den sozialen Zusammenhalt und sind Ausdruck einer solidarischen Stadtpolitik. Einsparungen in diesen Bereichen würden langfristig zu höheren Kosten in der Sozialhilfe und im Gesundheitswesen führen. Wir begrüssen hingegen Massnahmen zur Effizienzsteigerung, wie die Intervallanpassung bei Reinigungsarbeiten oder die Prüfung von Sponsoringmöglichkeiten bei Sportanlagen. Auch die Überprüfung von Tarifen und Gebühren ist sinnvoll, sofern sie sozialverträglich gestaltet wird.

Die SP fordert den Stadtrat auf, bei weiteren Sparmassnahmen stets die sozialen Auswirkungen zu prüfen und die Bevölkerung frühzeitig einzubeziehen. Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung der Lasten ein – starke Schultern sollen mehr tragen als schwache. Wir danken dem Stadtrat für die umfassende Berichterstattung und fordern, dass bei der Umsetzung der Leistungsoptimierungen die Grundwerte von Solidarität, Chancengleichheit und Teilhabe gewahrt bleiben. Die SP-Fraktion folgt dem Antrag des Stadtrates.

Daniel Frei (FW) erinnerte daran, dass der Grosse Gemeinderat die Kompetenz hat, Leistungen in Höhe von mehreren Millionen zu streichen. Einsparungen seien aber politischer Sprengstoff und es müsse sich nun zeigen, ob der Dienstleistungskatalog ein Papiertigere bleibe. Siliva Helbling (FDP) appellierte, Kostenreduktionen wahrzunehmen und beispielsweise die Baukommission aufzulösen (was allerdings nur jährliche Einsparungen in Höhe von 25'000 Franken bringt). Simon Schanz (Die Mitte) beklagte, dass es jedes Jahr im Dezember heisst, man müsse sparen. In diesem Jahr will er konkrete Vorschläge hören.

Stadträtin Karin Fein (FW) erläuterte, dass die Leistungen der Stadt in den letzten Jahren ständig ausgebaut wurden. Grundlage dafür seien Entscheide des Grossen Gemeinderates.

Formal ist die Aussage von Fein korrekt. Laut der Adliswiler Gemeindeordnung verfügt der Stadtrat bei den meisten Geschäften über eine Ausgabenkompetenz bis zu einer Höhe von CHF 300'000. Ab diesem Betrag muss das Geschäft dem Gemeinderat vorgelegt werden. Investitionen über CHF 3'000'000 werden aber an der Urne entschieden. Ausserdem handelte es sich bei den Entscheidungen häufig um Investitionen in die Infrastruktur, die aufgrund unterschiedlicher Anforderungen, nicht zuletzt gesetzlicher, gefasst werden mussten (wie beispielsweise bei Erweiterungen oder Neubauten von Schulhäusern) und zudem vom Stadtrat vorgeschlagen wurden. Weitere Zuwächse bei den Leistungen geschahen aufgrund gesetzlicher Vorgaben des Kantons. Es ist also eine Verdrehung der Realität, wenn Stadträtin Fein die Verantwortung für die desolate Finanzlage allein dem Grossen Gemeinderat zuschiebt.

Die öffentliche Hand übernimmt immer mehr an Aufgaben und bietet den Bürgern ein Mehr an Leistungen an. Die Konsequenz daraus ist, dass die Steuern steigen müssen. Einsparungen werden häufig dort vorgenommen, wo es keine gesetzliche Grundlage für die Leistungserbringung gibt, also bei der Förderung kultureller Aktivitäten, beim Sport, bei zusätzlichen und freiwilligen Leistungen im Bereich Bildung, Prävention und schliesslich bei freiwilligen, oft ehrenamtlich erbrachten Hilfen im sozialen Bereich.

Die Sitzung endete um 21.30 Uhr.